Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3243.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 224. [50. Jahrgang.] Sonnabend den 23. September 1911. [50. Jahrgang.] Nr. 224.

Berlin, den 22. September.

Tarifermäßigungen.

Die vom Staatsministerium am 16. September d. J. beschlossenen gütertarifarischen Maßnahmen zur Abwehr der infolge der anhaltenden Dürre dieses Sommers und der hiermit zusammenhängenden unbefriedigenden Ernte für die Volksernährung und die Viehhaltung eingetretenen Schäden sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten inzwischen durchgeführt worden. Hierbei kommen in Frage neue Ausnahmetarife für Futtergerste und Mais zu Futter- und Brennereizwecken, für weitere Futter- und Streumittel, für frische Kartoffeln, frische Gemüse, Hülsenfrüchte und Düngemittel. Gleichzeitig sind weitere Frachtermäßigungen für frische Seefische eingeführt.

Es steht zu erwarten, daß die Wirkungen dieser beträchtlichen Ermäßigungen sich bald in weiten Kreisen fühlbar machen werden.

Durch die Frachtermäßigung für Futtergerste und Mais zu Futter- und Brennereizwecken werden über 3 Mill. Tonnen dieser Waren auf den deutschen Eisenbahnen bis zum 30. Juni 1912 aus dem Spezialtarif I (dem teuersten Spezialtarif) in den Spezialtarif III (den billigsten Spezialtarif) versetzt. Eine 10 Tonnen-Ladung Futtergerste zahlt z. B.:

von Thorn nach Berlin jetzt 158 ℳ, künftig 96 ℳ, Ermäßigung 62 ℳ,
von Thorn nach Magdeburg jetzt 233 ℳ, künftig 129 ℳ, Ermäßigung 104 ℳ,
von Kattowitz nach Berlin jetzt 238 ℳ, künftig 123 ℳ, Ermäßigung 115 ℳ,
von Kattowitz nach Magdeburg jetzt 284 ℳ, künftig 145 ℳ, Ermäßigung 139 ℳ.

Selbst für die so kurzen Strecken, wie z. B. Hamburg—Hannover oder Kattowitz—Breslau beträgt die Ermäßigung immer noch 41 ℳ für den Doppelwagen. Es wird also durch diese Maßnahme der heute auf ausländischer Futtergerste ruhende Zoll — 13 ℳ für die Tonne — in vielen Verkehrsbeziehungen aufgehoben oder doch wesentlich gemildert.

Die gleichen ermäßigten Sätze gelten für Mais. Für eine 10 Tonnen-Ladung Mais ist z. B. an Fracht zu zahlen

von Hamburg nach Berlin jetzt 138 ℳ, künftig 74 ℳ, Ermäßigung 64 ℳ,
von Hamburg nach Erfurt jetzt 189 ℳ, künftig 99 ℳ, Ermäßigung 90 ℳ,
von Oberberg nach Magdeburg jetzt 289 ℳ, künftig 149 ℳ, Ermäßigung 140 ℳ.

Andere Futtermittel erfahren eine 50proz. Ermäßigung selbst noch von den Sätzen des Spezialtarifs III und des Rohstofftarifs. Für Kleie beträgt beispielsweise die Fracht für 10 Tonnen

Thorn—Berlin jetzt 84 ℳ, künftig 42 ℳ, Ermäßigung 42 ℳ,
Thorn—Magdeburg jetzt 117 ℳ, künftig 58,5 ℳ, Ermäßigung 58,5 ℳ.

Eine 50proz. Ermäßigung tritt auch für Stückgutsendungen ein. Gleichheitig ist der Futtermittelstarif verallgemeinert, d. h. es gilt für Sendungen von Futtermitteln an jedermann, also auch an Viehhalter und Händler, nicht nur wie bisher an Landwirte und Viehzüchter. Hierdurch wird einem lebhaften Wunsche des Handels entsprochen; der nunmehr seine Bedauptung beweisen kann, daß er erst bei allgemeiner Freigabe des Tarifs mit der Ermäßigung tatsächlich rechnen und sie auch dem Verbraucher wirklich gut bringen kann. Die Einbeziehung auch von Mais zu Brennereizwecken soll die Maßnahme des Bundesrats unterstützen, die den Verbrauch von Mais an Stelle der Kartoffel in den landwirtschaftlichen Brennereien zuläßt, teils um die Kartoffel für andere Zwecke freizumachen, teils um Schlempe für die Viehfütterung zu erzielen.

Frische Kartoffeln in Ladungen werden allgemein zum halben Frachtsatz in Stückgutsendungen gegen Frachtzuschlag für halbe wirkliche Gewicht befördert. Es kosten mithin 10 Tonnen

von Dt.-Eylau nach Dortmund jetzt 167 ℳ, künftig 83,5 ℳ,
von Posen nach Frankfurt (Main) jetzt 138 ℳ, künftig 69 ℳ,
von Bromberg nach Magdeburg jetzt 102 ℳ, künftig 51 ℳ,
von Belgard nach Kassel jetzt 126 ℳ, künftig 63 ℳ.

Hiernach wird die Ware durch die Fracht überhaupt nicht mehr nennenswert belastet. Selbst auf die Entfernung Dt.-Eylau—Dortmund = 932 Kilom. entfallen auf den Zentner nur 42 ₰ an Fracht. Auch als Stückgut bezogen, würde der Doppelzentner (100 Kilogr.) von Dt.-Eylau nach Dortmund nur 3,65 ℳ (gegen jetzt 7,30 ℳ), der Zentner also nur 1,90 ℳ zu tragen haben, was das Pfund nur mit 1,8 ₰ belastet. Der Verbraucher ist somit bei der Ausnahl des Bezugsortes nicht mehr beschränkt.

Das gleiche trifft auf Gemüse zu. So werden z. B. Mohrrüben, Kohlrüben, Weißkohl, Rotkohl, Grünkohl, Wirsingkohl, die jetzt nach Spezialtarif III tarifieren, allgemein nur die halben Sätze des Rohstofftarifs zahlen. Eine Ladung von 10 Tonnen dieser Artikel hätte mithin an Fracht zu tragen

von Salzbergen bis Berlin 49 ℳ, gegen früher 111 ℳ, Ermäßigung 62 ℳ,
von Salzbergen bis Magdeburg 39,5 ℳ, gegen früher 84 ℳ, Ermäßigung 44,5 ℳ,
von Emmerich bis Kassel 38 ℳ, gegen früher 81 ℳ, Ermäßigung 43 ℳ.

Ebenso sind Erbsen, Bohnen und Linsen in Rücksicht auf ihre Bedeutung für die Ernährung weiter Volkskreise vom Spezialtarif I gleich in den Rohstofftarif versetzt worden, so daß 10 Tonnen z. B.

von Salzbergen bis Berlin nur 98 ℳ, gegen früher 214 ℳ, Ermäßigung 116 ℳ,
von Erfurt bis Berlin nur 67 ℳ, gegen früher 134 ℳ, Ermäßigung 67 ℳ

zu zahlen haben. In Stückgutsendungen entrichten sowohl frische Gemüse wie die genannten Hülsenfrüchte die Fracht nur für das halbe wirkliche Gewicht nach den Sätzen des Spezialtarifs für bestimmte Stückgüter, z. B. für 100 Kilogr.

von Salzbergen nach Magdeburg nur 1,42 ℳ statt 3,38 ℳ,
von Erfurt nach Berlin nur 1,19 ℳ statt 2,89 ℳ,

mithin auf das Pfund 0,7 bezw. 0,6 ₰.

Hierzu treten die großen Ermäßigungen, und zwar dauernder Art für frische Seefische zur Hebung des Verbrauches insbesondere im Binnenlande. Es betragen z. B. die Frachten für Ladungen von 10 Tonnen von Geestemünde

nach Frankfurt a. M. 169 ℳ gegen früher 212 ℳ, Ermäßigung 43 ℳ,
nach Magdeburg 138 ℳ gegen früher 196 ℳ, Ermäßigung 58 ℳ,
nach Berlin P. u. B. 145 ℳ gegen früher 231 ℳ, Ermäßigung 86 ℳ,
nach Breslau 220 ℳ gegen früher 428 ℳ, Ermäßigung 208 ℳ,
nach Bromberg 223 ℳ gegen früher 434, Ermäßigung 211 ℳ.

Entsprechend wurden auch die Stückgutsendungen ermäßigt.

Eine wichtige Neuerung hinsichtlich des Versandes aller dieser Nahrungsmittel (Kartoffeln, Gemüse, Hülsenfrüchte und Seefische) besteht darin, daß zu den vorstehend gekennzeichneten weitgehenden allgemeinen Ermäßigungen noch eine weitere, und zwar bei Seefischen von 20 pCt., im übrigen von 15 pCt., dann hinzutritt, wenn die Sendungen an Gemeindebehörden, gemeinnützige Organisationen und gewerbliche Unternehmer gehen, die sie in Ausübung gemeinnütziger Tätigkeit oder an eigene Angestellte zu oder unter dem Selbstkostenpreise zum Selbstverbrauch abgeben. Diese Neuerung soll zu einem solchen gemeinnützigen Vorgehen der Gemeinden 2c. anregen und es fördern. Die besondere Ermäßigung ist so reichlich, daß sie die Einrichtungskosten wesentlich ändern, wenn nicht decken oder gar übertreiben wird. Sie beträgt z. B. für den Doppelwagen (10 Tonnen) bei frischen Kartoffeln für die Stationsverbindung

Dt. Eylau—Dortmund . . . . . 25,— ℳ
Posen—Frankfurt (Main) . . . . . 20,7 „
Neumünster—Elberfeld . . . . . 15,0 „
Neumünster—Berlin . . . . . 11,5 „
Belgard—Berlin . . . . . 10,2 „

bei frischen Seefischen für die Stationsverbindung

Geestemünde—Frankfurt (Main) . . . 33,80 ℳ
„ —Magdeburg . . . . . 27,60 „
„ —Berlin . . . . . 29,00 „
„ —Breslau . . . . . 44,00 „

Endlich sind mit Geltung bis zum 30. April 1912 die Frachtsätze für Düngemittel des Spezialtarifs III und für Rohstoffe der Kunstdüngerfabrikation allgemein auf die halben Sätze des Spezialtarifs III herabgesetzt worden. Es ist dies in der Erwägung geschehen, daß die große Dürre des Sommers, das Fehlen jeder Gründüngung und die aus der erforderlichen Verwendung geringwertiger Streumittel sich ergebende Verschlechterung des natürlichen Düngers eine verstärkte Düngung mit künstlichen Düngemitteln notwendig machen werden. Da die Düngemittel zurzeit verschiedenen Tarifen angehören, über die hinaus sie bereits eine 20 proz. Ermäßigung genießen, die sich allgemein nicht erhöhen ließ, werden sie von der neuen Tarifherabsetzung nicht gleichmäßig getroffen. Am größten ist sie bei den Düngemitteln des Spezialtarifs III z. B. für Superphosphat, das in der Relation Stettin—Hannover (350 Kilom.) von 79,4 auf 49, also um 29,4 ℳ für 10 Tonnen ermäßigt wird. Doch bedeutet sie auch für das dem billigeren Rohstofftarif angehörende Thomasmehl in der Verkehrsbeziehung Rothe Erde—Erfurt (473 Kilom.) immer noch 22,8 ℳ, und für das nach dem ebenfalls bereits sehr billigen Kalitarif abzufertigende Kali für die Strecke Staßfurt—Mannheim (470 Kilom.) 14,5 ℳ.

Bei allen diesen Ermäßigungen ist zu berücksichtigen, daß ihr Nutzen nicht sowohl in der Ersparnis im Einzelbedarf liegt, als vielmehr darin, daß die Warenanfuhr sich hebt und somit das Angebot steigt, das dann notwendig den Preisstand beeinflussen muß. Insbesondere werden die vorgenommenen Ermäßigungen für Preußen auf viele Millionen zu schätzen sein. Dieser Betrag wird sich noch erhöhen, wenn ganz oder teilweise auch die Eisenbahnen außerhalb der preußisch-hessischen Gemeinschaft diese Ermäßigungen annehmen werden, die bis an die äußerste Grenze der Selbstkosten gehen, sie vielleicht zum Teil unterschreiten.

Demgegenüber ist es verfehlt, wenn in der Presse die Aufhebung der Getreideexporttarife unter den getroffenen Maßnahmen vermißt wird. Für die preußisch-hessischen Staatsbahnen besteht nur ein einziger an die Bedingung der Ausfuhr geknüpftes Ausnahmetarif für Getreide und Mühlenfabrikate. Dieser enthält nur von 101 bis 400 Kilom. einen ermäßigten Einheitssatz: bis 100 Kilom. sowie über 400 Kilom. hinaus wird der normale Einheitssatz des Spezialtarifs I angestoßen. Die Ermäßigungen dieses Tarifs sind deshalb nur gering. Benutzt wurde er im Jahre 1909 (spätere Zahlen liegen nicht vor) für die Ausfuhr über See für insgesamt 247 To. Weizen und 3679 To. Roggen; über die trockene Grenze wurden zu diesem Tarif 29 112 To. gegangen gegenüber einem Gesamtverkehr auf den deutschen Eisenbahnen an Roggen und Weizen von 5 463 519 To. Der Tarif ist also ohne jede Bedeutung, wie dies auch in früheren Jahren wiederholt festgestellt worden ist. Ein weiterer Ausnahmetarif für Getreide, beschränkt auf den Verkehr ost- und westpreußischer Stationen nach den Seehäfen von Memel bis Danzig, ist nicht an die Bedingung der Ausfuhr gebunden, gilt also auch für den Ortsverkehr dieser Häfen. Er wurde seinerzeit aus Anlaß des deutsch-russischen Handelsvertrages eingeführt, teils um das deutsche Getreide nicht schlechter zu stellen als das russische, teils als Ersatz für die Aufhebung des Getreideausfuhrtarifs nach Mittel- und Westdeutschland. Soweit auch dieser Tarif tatsächlich der Ausfuhr über die genannten Häfen dient, gehen nach Auskunft aus Handelskreisen 2/3 der ausgeführten Mengen über die westlichen deutschen und niederländischen Häfen wieder ein. Im übrigen ist auch die Benutzung dieses Tarifs keineswegs erheblich. Im Jahre 1909 sind einschließlich des Ortsverkehrs der Seehäfen 17 644 To. Weizen und 144 830 Tonnen Roggen zu seinen Sätzen abgefertigt worden, was gegenüber einem Gesamtgetreideverkehr von 4½ Millionen Tonnen ebenfalls keine Rolle spielt.

Rundschau im Auslande.

Die deutsch-französischen Marokko-Verhandlungen.

Paris, 21. September. (Meldung der Agence Havas.) Nachdem die gestrige Unterredung zwischen dem Botschafter Cambon und dem Staatssekretär v. Kiderlen-Waechter die Neigung Deutschlands bestätigt hat, den Boden einer endgültigen Verständigung mit Frankreich über Marokko zu suchen, kann man der Ansicht sein, daß nach der Prüfung des deutschen Standpunktes, der sich die französische Regierung in diesen Tagen widmen wird, und nach einer endgültigen Ausarbeitung (mise-au-point) der vorliegenden Formeln ein Einverständnis wird erzielt werden können.

Paris, 22. September. Der Ministerrat wird Sonnabend früh die letzten Vorschläge der deutschen Regierung prüfen. Präsident Fallières hat gestern nachmittag mit dem Ministerpräsidenten Caillaux und dem Minister des Auswärtigen de Selves über den Stand der französisch-deutschen Verhandlungen eine Unterredung gehabt.

Entlassung französischer Reservisten.

Paris, 21. September. Eine Note der Agence Havas besagt: Die Entlassung der Reservisten muß am 24. und 26. September für das 6. und 20. Korps stattfinden, vom 24. September ab für das 7. und 2. Korps, vom 26. September ab für das 1., 9. und 14. Korps, für alle anderen Korps am 24. September.

Dänisch-offizielle Erklärung, betreffend den Aufenthalt deutscher Kriegsschiffe in Dänemark.

Kopenhagen, 21. September. Aus Anlaß der heutigen Zeitungsmeldungen über den Aufenthalt fremder Kriegsschiffe in den dänischen Gewässern hat Ritzaus Bureau aus zuverlässiger Quelle folgende Mitteilung erhalten:

Die dänischen Durchfahrtgewässer haben einen besonderen internationalen Charakter, der nach der allgemein geltenden völkerrechtlichen Praxis den Kriegsschiffen fremder Nationen die Durchfahrt gestattet, ohne daß diese vorher die Erlaubnis der dänischen Regierung einzuholen brauchen. Das Auftreten deutscher Kriegsschiffe in den dänischen Gewässern ist, wie bekannt, oft Gegenstand phantastischer Betrachtungen seitens der Presse gewesen. Mit nüchternen Augen und mit der nötigen maritimen Kenntnis der Verhältnisse betrachtet, ist die ganze Angelegenheit doch kaum der Rede wert. Der Große und der Kleine Belt sind der einzige natürliche Verbindungsweg der deutschen Flotte mit der Nordsee und müssen daher notwendigerweise in ausgedehntem Maße passiert werden, besonders natürlich während der großen alljährlichen Manöver. Da Dänemark eine ausgeprägte Neutralitätspolitik verfolgt, muß es notwendigerweise auch in dieser Angelegenheit mit voller Unparteilichkeit nach allen Seiten auftreten, und es wird daher selbstverständlich der deutschen Flotte in den dänischen Gewässern dieselbe Bewegungsfreiheit einräumen wie den Kriegsschiffen aller anderen Nationen. Die deutschen Kriegsschiffe und Fahrzeuge unternehmen nichts, was in irgendeiner Weise zu dem Schluß berechtigen könnte, daß ihnen dänischerseits Vergünstigungen bezüglich der Befahrung dänischer Gewässer gewährt werden. Alles, was hierüber geschrieben wurde, beruht entweder auf Unkenntnis der Verhältnisse oder auf der mangelnden Kenntnis und Fähigkeit, die Geschehnisse auf See richtig einzuschätzen. Es wird häufig angeführt, daß die deutschen Kriegsschiffe während des Passierens der dänischen Gewässer in recht ausgedehntem Maße Vermessungsarbeiten vornehmen. Diese Meldungen entbehren jeder Grundlage schon deshalb, weil die von dem dänischen Staat veröffentlichten offiziellen Seekarten und Beschreibungen der dänischen Gewässer in dem Maße genau sind, daß es für fremde Kriegsschiffe umfassender Veranstaltungen und jahrelanger Arbeit bedürfen würde, um Seekarten über die dänischen Gewässer herzustellen, die nur annähernd auf der gleichen Höhe mit dem von dänischen Staat ausgegebenen Material stünden. Die Beschädigung von Gerätschaften dänischer Fischer, die nicht selten bei dem Durchfahren der Kriegsschiffe erfolgt, gibt zuweilen Anlaß zu öffentlichen Klagen. Diese sind natürlich; denn diese höchst bedauernswerten Beschädigungen sind nach der Natur der Sache unvermeidlich und werden, was bemerkt werden muß, auch häufig von dänischen Kriegsschiffen verursacht. Soweit die Forderungen der Fischer auf Schadenersatz durch die dänischen Behörden gegenüber den betreffenden fremden Staaten festgestellt worden, ist ihnen stets in entsprechendem Maße Rechnung getragen worden.

Zur Tripolis-Frage

liegen folgende Konstantinopeler Meldungen des Wiener K. K. Tel.-Korr.-Bureaus vom 21. d. M. vor:

Die Bürgermeister, Ulemas, Scheichs und Notabeln von Tripolis fandten an den Großwesir eine Depesche, in der die sofortige Entsendung von Munition und Lebensmitteln für ein Jahr sowie die Befestigung des Landes verlangt und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß sich das Kabinett in seine Verhandlungen zur Gewährung von wirtschaftlichen Privilegien an Italiener einlassen werde. Die Bevölkerung wolle aber die diplomatische Aktion der Regierung nicht hemmen. — Nachts wurde beim Großwesir ein Ministerrat abgehalten, welcher sich auch mit Tripolis beschäftigte und insbesondere, wie verlautet, über die militärische Organisation in Tripolitanien und die Ernennung des Stabschefs der dritten Armeeinspektion Achmed Fezzi zum Militärkommandanten von Tripolis beriet.

Das Transportschiff Derna ist mit einer Munitionsladung, Angeblich auch mit Maschinengewehren, nach Tripolis abgegangen. Gerüchtweise verlautet, daß das Schiff auch Saloniki und Smyrna anlaufen werde, um 500 Soldaten an Bord zu nehmen.

Infolge von Telegrammen einflußreicher Einwohner von Tripolis an die Pforte, die an die frühere italienfreundliche Tätigkeit des neuen Walis von Tripolis, Bekir Sami Bei, als Generalsekretär des Wilajets erinnern und seine Betrauung mit der Verwaltung des Wilajets als Preisgabe von Tripolis bezeichnen, soll, wie verlautet, Bekir Sami Bei seinen Abschied eingereicht haben. Die Regierung erwäge nunmehr die Ernennung des früheren Wali, des Marschalls Ibrahim, der jedoch gewisse Bedingungen stelle.

Weitere Telegramme berichten:

Rom, 22. September. Wie die Tribuna mitteilt, ist die Meldung einiger Blätter, die italienische Regierung habe bezüglich Tripolis' eine Note an Deutschland gerichtet, vollkommen falsch.

Konstantinopel, 21. September. Der türkische Botschafter in Rom Riazim Bei ist in den Ruhestand versetzt worden. Zu seinem Nachfolger ist Ali Fuad ausersehen.

Erfolgreiche Bekämpfung der Ausstandsbewegung in Spanien.

Madrid, 21. September. Die Wiederaufnahme der Arbeit macht sich in der Provinz bemerkbar, jedoch dauert die Agitation in den Provinzen Gijon und Valencia fort. In Jativa warfen die Streikenden mit Steinen nach den Truppen, die darauf Schüsse abfeuerten. Eine Zivilperson wurde getötet, vier wurden verwundet.

Barcelona, 21. September. Haussuchungen bei den Mitgliedern zweier Arbeiterverbände haben so belastende Schriftstücke zu Tage gefördert, daß die Schließung der beiden Verbände verfügt wurde.

Madrid, 22. September. Gruppen von Ruhestörern, die die Provinz Biscaya durchstreiften, wurden zerstreut. In Valencia versuchte eine Bande von Revolutionären, den Palast des Herzogs von Gandia in Brand zu stecken, wurde aber vertrieben. Eine andere beraubte die Gemeindekasse. In El Ferrol beginnen die Lebensmittel knapp zu werden. Zahlreiche Arsenalarbeiter nahmen die Arbeit wieder auf. In Badajoz sind zwei portugiesische Anarchisten verhaftet worden. In Barcelona herrscht vollkommene Ordnung, und es wird überall gearbeitet. Einige Gruppen von Anarchisten wurden zerstreut. In La Coruña haben die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. In Madrid erschienen gestern abend nur vier Zeitungen. Die einzigen, die den Ausstand in Madrid jetzt noch aufrecht erhalten, sind die Droschkenkutscher; diesen ist eine Frist von 24 Stunden gewährt worden; wenn sie in dieser Zeit die Arbeit nicht wieder aufnehmen, wird ihnen der Fahrschein entzogen. Ministerpräsident Canalejas sagte beim Verlassen des Königlichen Schlosses zu den Journalisten: Meine Herren, ich habe das Vergnügen, Ihnen mitzuteilen, daß der Ausstand überall beendigt ist.

Besichtigung russischer Panzerschiffe durch Kaiser Nikolaus.

Sebastopol, 21. September. Der Kaiser besuchte am Nachmittag die Panzerschiffe Swjatoi-Jewstafi, Panteleimon sowie Joann-Slatoust und wurde von den Mannschaften mit stürmischen Hurrarufen begrüßt.

Zum Ableben Stolypins.

Kiew, 21. September. Den ganzen Tag drängte sich das Volk in ungeheuren Massen zum Sarge des Ministerpräsidenten Stolypin. Eine Unzahl Kränze wurden niedergelegt, unter denen namentlich ein silberner Dornenkranz auffällt, den die monarchistischen Verbände Kiews gewidmet haben.

Morgen findet die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen Bagrow statt.

Warschau, 21. September. Die auf den Grundsätzen des Oktobermanifestes aufgebaute Russische Gesellschaft hat beschlossen, vor dem in Bau befindlichen russischen Volkshause ein Denkmal des Ministerpräsidenten Stolypin zu errichten.

Petersburg, 22. September. Der Kiewer Polizeichef Kuljabko erklärt in einem Schreiben an die Nowoje Wremja, er hätte Bagrow nicht den Schutz des Ministerpräsidenten Stolypin anvertraut.

Zu den Teuerungsunruhen in Oesterreich.

Wien, 21. September. Heute nachmittag um 2 Uhr erfolgte unter starker Beteiligung der sozialdemokratischen Verbände das Leichenbegängnis des bei den Krawallen am Sonntag durch einen Bajonettstich getöteten Eisendrehers Pröbenberger. Der lange Trauerzug bewegte sich durch ein Spalier von Tausenden von Menschen vom Hospital nach dem Ottakringer Friedhof. Gegen etwaige Ausschreitungen waren umfassende Vorkehrungen getroffen worden, außer einem großen Polizeiaufgebot waren mehrere Kompagnieen und Schwadronen verschiedener Regimenter im Bezirk Ottakring zusammengezogen.

Die Beisetzung verlief ohne jede Störung. Das Publikum verteilte sich in vollkommener Ordnung, so daß gegen 4 Uhr der größere Teil des Polizeiaufgebots zurückgezogen werden konnte.

Die Polizeidirektion wird morgen eine Bekanntmachung erlassen, in der die Verfügung über die frühere Sperre der Haustore und Lokale in Ottakring außer Kraft gesetzt wird. Heute abend herrschte vollständige Ruhe.

* * *

Nachod, 21. September. Seit einigen Tagen haben hier Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung stattgefunden. Gestern abend wurde das Militär und die Gendarmerie mit Steinen beworfen. Die Straßen konnten nur mit großer Mühe geräumt werden; verschiedene Personen wurden verhaftet. Da für heute abend neue Unruhen befürchtet werden, ist das Militär verstärkt worden.

Aus dem böhmischen Landtag.

Prag, 21. September. Die nationalpolitische Kommission zur Beratung der nationalpolitischen Forderungen ist heute zusammengetreten und hat sich nach zustimmenden Erklärungen der Deutschen und Tschechen für permanent erklärt.

Nach einer Meldung der Bohemia dürften die gestern aufgetauchten Schwierigkeiten in den Beratungen des Landtages infolge eines Vermittlungsvorschlages der Großgrundbesitzer in kurzer Zeit behoben werden. Auch die tschechischen Agrarier stimmen einer Umwandlung und Verweisung des Notstandsantrages an den Landesausschuß zu, womit die Deutschen einverstanden sind.

Der Wechsel im Reichs-Kriegsministerium zu Wien.

Wien, 21. September. Das morgen erscheinende Verordnungsblatt für das K. K. Heer veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den scheidenden Kriegsminister Freiherrn v. Schönaich, in dem ihm die vollste Zufriedenheit für seine durch nahezu 50 Jahre geleisteten vorzüglichen Dienste ausgesprochen wird.

Gleichzeitig wird die Ernennung des Generals der Infanterie Ritters v. Auffenberg zum Kriegsminister durch ein Handschreiben bekannt gegeben.

Der aus dem Amt scheidende Kriegsminister Freiherr v. Schönaich erhielt, wie die Korrespondenz Wilhelm meldet, gleichzeitig mit dem kaiserlichen Handschreiben das Bild des Kaisers in prachtvollem Rahmen mit dem kaiserlichen Namenszuge, Krone und Wappen und mit der eigenhändigen Widmung „In steter Gewogenheit".

Der Ausstand der irischen Eisenbahner.

Dublin, 21. September. Der Exekutivausschuß des Eisenbahnerverbandes hat den Beschluß gefaßt, auf den irischen Bahnen den Generalstreik zu erklären.

Die Versuche, den Ausstand der Eisenbahner beizulegen, wurden den ganzen Tag über fortgesetzt. Die Zahl der Züge auf den Linien der Great Southern-Bahn nimmt zu. Die Leiter der Bahn klagen über Einschüchterungsversuche und ungureichenden Schutz.

Wahlniederlage der kanadischen Regierung.

Montreal, 21. September. Die bis 7 Uhr Abends vorliegenden Wahlergebnisse aus Ontario, Quebec, Neu-Braunschweig und Neu-Schottland zeigen, daß die Majorität der Regierung ziemlich geschwunden und dem Wahlkampf hervorgehen dürfte. Der Minister Fielding, der Schöpfer der Reziprozitätsbill, ist unterlegen, ebenso die Minister Paterson und Sir Frederick Borden. Dagegen ist in Halifax Borden, der Führer der konservativen Opposition, nicht gewählt worden.

Bis 9 Uhr Abends waren 60 Liberale und 93 Oppositionelle gewählt. Die Opposition gewinnt rund 25 Sitze. Die Minister Graham, Fisher und Mackenzie King sind unterlegen. Durch die Niederlage der Regierung hat das Reziprozitätsabkommen so gut wie gefallen.

Montreal, 22. September. Bis gestern abend 10 Uhr waren von den 221 Wahlen 208 Resultate bekannt, und zwar waren 129 Konservative und 79 Liberale gewählt. Die Niederlage der Regierung ist also überwältigend. — Als Präsident Taft dies auf einem Bankett in Kalamazoo (Michigan) erfuhr, sagte er: Ich bin sehr enttäuscht.

Persien.

Teheran, 21. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einem Telegramm aus Hamadan ist der Rückzug Salar ed Daulehs auf die zahlreichen Desertionen zurückzuführen. Der Rest seiner Leute wurde nur durch das Versprechen zurückgehalten, daß sie drei Tage lang ungehindert in Teheran plündern könnten. Jefrem hat seine Bewegungen gegen Salar ed Dauleh wegen Transportschwierigkeiten vorläufig verschoben.

Zur Lage im chinesischen Aufruhrgebiet.

Tschungking, 21. September. (Reuters Bureau.) Vom 16. d. M. datierte Nachrichten aus Tschengtu, die durch Sonderboten überbracht wurden, besagen, daß die verhafteten Rädelsführer noch nicht hingerichtet worden sind, und daß die Fremden immer noch nicht die Stadt verlassen können. 2000 Aufständische sollen getötet sein.

Aus der Mandschurei.

Kirin, 21. September. (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Angesichts der bevorstehenden Verlegung der Residenz des Generalgouverneurs der Mandschurei von Mukden nach Kwantschoeng-fu hat ein beratender Ausschuß dem Ministerrat den Vorschlag unterbreitet, den Sitz der Regierung nach irgendeinem Punkt der Grenze zu verlegen,